

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union

über die Sondertagung der Versammlung am 22./23. Februar 1996 in London

Gegenstand der Sondertagung waren:

Politische Fragen

- Die Organisation der Sicherheit in Europa – politische Aspekte
(*Empfehlung 589 – S. 7, Richtlinie 98 S. 9*)

Verteidigungsfragen

- Die Organisation der Sicherheit in Europa – Verteidigungs-
aspekte (*Empfehlung 590, S. 9*)

Zu beiden Berichten sprachen Abg. Robert Antretter (S. 12) und
Abg. Dieter Schlöten (S. 13).

Ansprachen

- Abg. Betty Boothroyd, Sprecherin des Unterhauses
- Sir Dudley Smith, Präsident der Versammlung
- José Cutileiro, Generalsekretär der Westeuropäischen Union
- John Major, Premierminister des Vereinigten Königreichs (S. 14)
- Sergio Balanzino, stellvertretender NATO-Generalsekretär

Zum Ablauf der Tagung

Die Reden der deutschen Mitglieder der Versammlung sind nach-
stehend im Wortlaut abgedruckt.

An der Tagung nahmen Parlamentarier aus Island, Norwegen
und der Türkei als assoziierte Mitglieder der WEU teil. Als stän-
dige Beobachter waren Parlamentarier aus Bulgarien, Dänemark,
Estland, Finnland, Irland, Lettland, Litauen, Österreich, Polen, Ru-
mänien, der Slowakischen Republik, der Tschechischen Republik,

Ungarn und Schweden vertreten. Des weiteren verfolgten parlamentarische Beobachter aus der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, der Russischen Föderation, Slowenien und der Ukraine die Tagung.

Schwerpunkte der Beratungen

Nach einem Grußwort von Abg. Betty Boothroyd, Sprecherin des Unterhauses (Vereinigtes Königreich), wandte sich der **Präsident der Versammlung, Sir Dudley Smith** (Vereinigtes Königreich), an die Teilnehmer der Sondertagung. Er hob hervor, diese biete die Gelegenheit einer weitreichenden Debatte zur künftigen Organisation der europäischen Sicherheit. Die Ideale, die man bei Abschluß des Brüsseler Vertrages im Oktober 1954 sowie bei der Vereinbarung der Plattform Europäische Sicherheitsinteressen vom 27. Oktober 1987 gehabt habe, gälten auch heute unverändert fort: Frieden und Sicherheit seien zu stärken und darüber hinaus sei die europäische Integration voranzutreiben. In diesem Zusammenhang sei es notwendig, enger mit den EU-Mitgliedstaaten und den europäischen Organisationen zusammenzuarbeiten. Die vorliegenden Berichte von Abg. de Puig (Spanien) und Abg. Baumel (Frankreich) dokumentierten, daß die Rolle der WEU sowohl von der EU als auch von der NATO abhängig sei. Die EU-Regierungskonferenz 1996 setze schwerpunktmäßig auf die WEU als einen operativen Arm der EU. Dabei werde ihre Rolle als europäischer Pfeiler der NATO unterschätzt. Die Bemühungen der Versammlung müßten daher darauf abzielen, Brücken zwischen WEU/EU einerseits und WEU/NATO andererseits zu schlagen.

Es sei unverständlich, daß offenbar etwas auf EU-Ebene kopiert werden solle, was bereits im Rahmen der WEU existiere. So bestehe z. B. kein Bedürfnis, eine den wechselseitigen Beistand beinhaltende Klausel in den Maastricht II-Vertrag aufzunehmen, da diese im modifizierten Brüsseler Vertrag bereits enthalten sei. Schließlich sei dem weitverbreiteten Irrglauben entgegenzutreten, der Brüsseler Vertrag laufe 1998 aus. Der Vertrag enthalte lediglich eine 50jährige Kündigungssperre, die 1998 enden werde. Zu diesem Zeitpunkt werde kraft Vertrag den Mitgliedsländern mithin die Ausübung ihres Kündigungsrechtes erlaubt. Machten sie hiervon keinen Gebrauch, gelte der Vertrag weiter fort.

Folgenden drei Gebieten sollte Priorität eingeräumt werden:

- einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP),
- der Einbeziehung der baltischen Staaten in eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
- der Ausprägung einer stärkeren europäischen Verteidigungsidentität.

Im Anschluß hieran erläuterte **Abg. Baumel** (Frankreich) seinen Bericht zur **Organisation der Sicherheit in Europa – Verteidigungsaspekte**. Er hob hervor, die Versammlung müsse im Hinblick auf die bevorstehende EU-Regierungskonferenz ein Signal setzen. Unstreitig sei, daß zu einem vereinten Europa auch eine

Verteidigungskomponente gehöre. Die WEU stehe nunmehr vor zwei Herausforderungen: zum einen müsse sie unter Einbeziehung neuer Partner fortfahren, als Sicherheitsorganisation zu operieren. Zum anderen müsse die WEU ihre Rolle als europäische Verteidigungsorganisation finden. Dabei stehe außer Frage, daß eine Konkurrenz zur NATO nicht angestrebt werde. Abg. Baumel fuhr fort, er konzentriere sich in seinem Bericht auf militärische und strategische Fragen. Die Zeit sei gekommen, konkrete Vorschläge zu unterbreiten. Trotz bedeutender Fortschritte bei der Umwandlung der WEU in eine handlungsfähige Organisation mit operativer Schlagkraft gelte es, die Umsetzung folgender Ziele anzustreben:

- ein europäisches militärisches Hauptquartier mit einem vollwertigen Führungs- und Fernmeldesystem,
- eine vollwertige Planungskapazität,
- kurzfristig verfügbare mobile europäische Streitkräfte,
- Standardisierung und Interoperabilität des Geräts,
- unabhängige europäische Aufklärung und Erkundung.

Frankreich habe Vorschläge für Handlungen der Europäer in der NATO unterbreitet, die weiterverfolgt werden sollten. Bei der anzustrebenden Zusammenarbeit mit der NATO, die auf jeder Tagung angesprochen werde, dürfe es nicht bei bloßen Absichtserklärungen bleiben. Der Einsatz der IFOR-Truppen in Bosnien sei jedenfalls ein schlechtes Beispiel für die operationelle Kooperation zwischen Europa und den USA. Die Europäer hätten nämlich dazu gebracht werden müssen, an einer NATO-Operation unter amerikanischem Oberbefehl teilzunehmen. In Europas Interesse sei gerade das Gegenteil anzustreben. Insgesamt werde deutlich, daß eine reale Stärkung der WEU not tue.

Anschließend stellte **Abg. de Puig** (Spanien) seinen Bericht zur **Organisation der Sicherheit in Europa – politische Aspekte** vor. Er betonte, Europa befinde sich zweifellos an einem Wendepunkt. Es müsse nun auf den strategischen Wandel reagieren. Festzuhalten bleibe, daß die NATO Garant Nummer Eins der europäischen Sicherheit und Verteidigung sei. Dies dürfe bei der Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ebenso wenig wie die erforderliche Kooperation zwischen WEU und EU ignoriert werden. Das Ziel der Einbeziehung von Sicherheit und Verteidigung in die Aktivitäten der EU bedeute, daß energische Anstrengungen unternommen werden sollten, um die einzelstaatlichen Politiken auf diesem Gebiet sowohl in der WEU als auch in der GASP einer Konvergenz zuzuführen und daß strittige Fragen, wie z. B. die Verantwortung bestimmter Mitgliedstaaten außerhalb Europas, die Kernwaffen, die Abschreckungsstrategie oder die Fortsetzung einer Neutralitätspolitik nicht mehr sorgsam ausgeklammert bleiben dürften. Dementsprechend solle jede Option, die eine eigenständige Rolle der WEU befürworte, der Entwicklung der Union und der GASP jedoch keinerlei Rechnung trage und die WEU faktisch von der Union trenne, entschieden zurückgewiesen werden. Eine solche Option würde nämlich die Bemühungen um eine Konvergenz der Außen- und Sicherheitspolitiken

nicht nur nicht erleichtern, sondern bestehende Differenzen verschärfen und die Europäische Union in ihrer heutigen Form schwächen, da sie jeden Fortschritt in der GASP verhindern oder ihn auf unmittelbar mit der Wirtschaft zusammenhängende Aspekte einer gemeinsamen Außenpolitik reduzieren würde. Überdies sollte die Union von jedem Beitrittskandidaten verlangen, erforderliche Maßnahmen zu ergreifen, um uneingeschränkt an den Bemühungen um den Aufbau und die Durchführung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ohne automatischen Ausschluß von Gewaltanwendung teilzunehmen und die Bereitschaft zum Beitritt zu NATO und WEU zu zeigen. In jedem Falle aber müßten WEU und EU enger zusammenarbeiten.

Begrüßenswert wäre es, wenn in diesem Zusammenhang über die näheren Einzelheiten ein Konsens erzielt werden könnte. Schließlich erläuterte Abg. de Puig die Eckpunkte des Empfehlungsentwurfs. Dabei unterstrich er die Notwendigkeit der Verbesserung der Arbeitsweise der GASP, auf die jedoch keine der Zuständigkeiten übertragen werden sollten, die der geänderte Brüsseler Vertrag der WEU zugewiesen habe. Mit diesem Ziel vor Augen empfehle er die Ausarbeitung eines Weißbuches über die Sicherheit und Verteidigung Europas.

In der abschließenden Diskussion wurde neben der künftigen Rolle der WEU insbesondere deren Erweiterung und operationelle Stärkung erörtert. Es wurde die Hoffnung geäußert, daß nach Vorliegen der NATO-Erweiterungsstudie auch die WEU einen Bericht präsentieren werde, der sich mit der Aufnahme neuer Mitglieder befasse. Darüber hinaus wurde die Bedeutung der Herstellung einer operationellen Konvergenz von WEU und NATO unterstrichen. Die Vertreter des Vereinigten Königreichs machten deutlich, daß unabhängig von ihrer politischen Zugehörigkeit Übereinstimmung darin bestehe, daß die WEU nicht in der EU aufgehen solle. Es bedürfe keiner neuen Strukturen in Europa. Vielmehr solle auf die vorhandenen Institutionen zurückgegriffen werden. Insgesamt werde daher im Hinblick auf die WEU angeregt, eine Politik der Effizienzsteigerung zu betreiben. Für eine Integration der WEU in die EU votierte insbesondere ein Vertreter Griechenlands. Er führte in diesem Zusammenhang an, es handle sich hierbei um die realistischste und effizienteste Lösung für die Stabilität und Verteidigung in Europa. Die Rolle der WEU solle definiert und die WEU nach einem Zeitplan in den Unionsvertrag überführt werden. Im Laufe der Tagung zeichnete sich ab, daß es sich bei dieser Auffassung um eine deutliche Minderheitsmeinung handelte. Mehrheitlich wurde die Ansicht vertreten, Fortschritte beim Zusammenwachsen Europas setzten eine militärische Integration voraus, die nur die WEU leisten könne. Dabei werde jedoch nicht verkannt, daß im Rahmen eines allmählichen Prozesses auf eine Annäherung zwischen der WEU und der EU hingearbeitet werden müsse, die letztlich zur Entwicklung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität in einem einheitlichen europäischen Rahmen führen solle. Nach Ansicht der Versammlung werde die gemeinsame Verteidigung am besten mit dem allmählichen „Zusammenwachsen des Verteidigungswillens“ erreicht. Noch viel bleibe zu tun, um Europa eine

starke außenpolitische Identität zu geben. Die WEU müsse künftig agieren, statt nur zu reagieren. Dank einer kohärenten Außenpolitik müsse die EU in die Lage versetzt werden, nur mit einer Stimme zu sprechen und alle Politikbereiche in ihre Entscheidungen einzubeziehen. Ein gemeinsames Vorgehen müsse auch in den Bereichen der geteilten Verantwortung möglich sein.

Ein Vertreter Dänemarks kritisierte in diesem Zusammenhang, daß die EU Länder wie Österreich, Finnland und Schweden aufgenommen habe, die sich nicht an der gemeinsamen Verteidigung beteiligten. Eine der bedeutsamen Wirkungen der Einbeziehung von Sicherheit und Verteidigung in die Aktivitäten der EU solle daher darin bestehen, die Union bei der Aufnahme neuer Mitglieder zu größerer Strenge als in der Vergangenheit zu bewegen. Von jedem Beitrittskandidaten sollte verlangt werden, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um uneingeschränkt an den Bemühungen um den Aufbau und die Durchführung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ohne automatischen Ausschluß von Gewaltanwendung teilzunehmen und die Bereitschaft zum Beitritt zu NATO und WEU zu zeigen. Allgemein wurde problematisiert, daß schon heute vier neutrale Staaten zur EU gehörten, die nicht Mitglieder der WEU seien. Es zeige sich mithin, daß die Frage der Neutralität ein erhebliches Problem darstelle. Vor diesem Hintergrund müsse hinterfragt werden, was Neutralität nach dem Fall des Eisernen Vorhangs eigentlich bedeute. Stelle man darauf ab, daß es nunmehr eine völlig andere europäische Konfiguration gebe, sei klärungsbedürftig, welches Konzept für bestimmte Länder hier in Frage komme.

Der stellvertretende NATO-Generalsekretär Balanzino erklärte, Schlüsselprinzip für die Beziehung zwischen NATO und WEU sei die Erhöhung der Effektivität der europäischen Verteidigung. Die WEU fülle eine Doppelrolle aus: auf der einen Seite sei sie das Verteidigungsbündnis Europas, auf der anderen Seite bilde sie die europäische Komponente der NATO. Dies sei immer ein trickreicher Balanceakt gewesen.

Solange alle WEU-Mitglieder zugleich auch Mitglied in der NATO seien, resultierten hieraus jedenfalls keine Probleme. Bei der inneren Erneuerung der NATO könne sowohl auf eine stärkere europäische Komponente als auch auf eine Konsolidierung der transatlantischen Beziehungen gesetzt werden. Er sei überzeugt, merkte NATO-Generalsekretär Balanzino abschließend an, daß Allianz und WEU große Fortschritte im Hinblick auf die Entwicklung flexibler Militärstrukturen machten, die europageführte Operationen begünstigten.

José Cutileiro, Generalsekretär der Westeuropäischen Union, führte aus, gegenwärtig bestehe Einmütigkeit in der Frage, daß Europa eine größere Verantwortung für seine Verteidigung und Sicherheit übernehmen müsse. Auf der EU-Regierungskonferenz stehe die Entscheidung an, wie dieses Ziel am besten erreicht werden könne. Alle Optionen stimmten darin überein, daß die Verbindungen zwischen EU und WEU gestärkt werden müßten. Darüber hinaus bilde auch die NATO das Herzstück der europäischen Sicherheit. Die operationelle Verstärkung der WEU sei

in vollem Gange. Auf der Tagung der Verteidigungs- und Außenminister der WEU in Madrid sei eine Einigung hinsichtlich der Schaffung eines Krisenreaktionszentrums erzielt worden. Dieses werde die WEU in die Lage versetzen, militärische Informationen zentral zu sammeln und zu verarbeiten. Erreicht werde dies u. a. durch die personelle Erweiterung der Stäbe und den Ausbau des Nachrichtenzentrums im spanischen Torrejon, wo vor allem Informationen von Beobachtungssatelliten gesammelt würden.

Abschließend wandte sich **John Major, Premierminister, Vereinigtes Königreich**, an die Versammlung. Er äußerte, die Umstrukturierung der britischen Streitkräfte habe Einsparungen von ca. 1 Milliarde Pfund zur Folge gehabt, gleichwohl seien die Verteidigungsausgaben Großbritanniens im EU-Vergleich am höchsten. Die britischen Streitkräfte seien niemals besser ausgestattet gewesen als heute. Unter den neuen Waffensystemen seien insbesondere die Tomahawk-Raketen für U-Boote hervorzuheben. Die Streitkräftestruktur sei dem neuen Umfeld angepaßt worden. Ihre Effizienz sei erhöht und die Operabilität zwischen den Teilstreitkräften verbessert worden. Großbritannien habe etwa 13 000 Mann als IFOR-Beitrag entsandt. Im Ergebnis dienten mehr als 10 Prozent der Landstreitkräfte derzeit in Bosnien.

Zur künftigen europäischen Sicherheitsstruktur sei anzumerken, daß insbesondere die NATO kollektive Sicherheit schaffe. Zu einem sicheren Europa gehöre daher auch eine Ausdehnung der NATO auf den Osten. Jedoch stelle die NATO-Erweiterung kein Allheilmittel dar. In jedem Fall gelte, daß der Prozeß der Aufnahme neuer NATO-Mitglieder transparent gestaltet werden müsse. Darüber hinaus sei es erforderlich, Europas NATO-Beitrag zu stärken. Bei dem Partnership for Peace-Programm handele es sich um einen zentralen Bestandteil im Hinblick auf die Förderung des militärischen Zusammenhalts. Beachtlich sei, daß 14 der insgesamt 27 PfP-Länder einen IFOR-Beitrag geleistet hätten. Die IFOR-Truppen setzten sich damit zu zwei Drittel aus europäischen Truppen zusammen.

Ziel der Präsidentschaft Großbritanniens sei es, so schnell wie möglich die operationelle Einsatzfähigkeit der WEU herzustellen. Darüber hinaus müsse die WEU einen Beitrag zur Stabilität im Osten leisten, insbesondere sei den Beziehungen zwischen der WEU und Rußland sowie der Ukraine Substanz zu verleihen.

Großbritannien werde sich im Rahmen der EU-Regierungskonferenz dafür einsetzen, daß die EU nicht mit Verteidigungsfragen überfrachtet werde. Einige EU-Staaten würden nämlich nunmehr mit der Problematik der Verschmelzung von WEU und EU konfrontiert, die sie eigentlich nicht wünschten. Auf die Tagesordnung der EU-Regierungskonferenz gehörten daher die

- Weiterentwicklung der WEU,
- Stärkung der NATO und
- Intensivierung der Beziehungen zwischen der WEU und der NATO.

Zum Abschluß ihrer außerordentlichen Tagung nahm die Versammlung einstimmig eine Schlußerklärung an, die darauf abzielte, der Entschlossenheit der Europäer Ausdruck zu verleihen, gemeinsam die ihnen im Verteidigungsbereich und bei der Organisation eines ganz Europa umfassenden kollektiven Sicherheitssystems obliegenden Verantwortlichkeiten zu übernehmen. Die NATO bleibe dabei ein Eckpfeiler der europäischen Sicherheitspolitik.

Bonn, den 18. März 1996

Robert Antretter, MdB
Sprecher der Delegation

Klaus Bühler, MdB
stellvertretender Sprecher

Empfehlung 589 (1996)

betr. **die Organisation der Sicherheit in Europa – politische Aspekte**

Die Versammlung,

- i. in der Erwägung, daß der geänderte Brüsseler Vertrag das Ziel verfolgt, die Verteidigung der Mitgliedstaaten sicherzustellen, die Einheit Europas zu fördern und sowohl die kollektive Sicherheit in Europa als auch den Weltfrieden zu festigen;
- ii. in Anbetracht dessen, daß die Mitgliedstaaten der WEU entschlossen sind, weiterhin ihre Souveränität in allen Angelegenheiten auszuüben, die sich auf die Zusammensetzung ihrer Streitkräfte und deren mögliche Dislozierung beziehen;
- iii. betonend, daß die NATO Europa die entscheidenden Mittel für seine Verteidigung zur Verfügung stellt;
- iv. unter Hinweis darauf, daß die Europäische Union gegenwärtig weder eine gemeinsame Verteidigungspolitik aufzustellen noch gar eine gemeinsame Verteidigung zu schaffen in der Lage ist, die darum beide hauptsächlich über die NATO verwirklicht werden müssen;
- v. in der Erwägung, daß die Europäische Union eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik dennoch nur entwickeln kann, wenn sie über militärische Strukturen verfügt, die eng mit ihr verbunden sind, und daß die europäische Sicherheit nur zu gewährleisten ist, wenn sie sich auf ausreichende Verteidigungs- oder Abschreckungsmittel stützen kann;
- vi. in der Auffassung, daß solche Mittel nur durch enge Zusammenarbeit zwischen Staaten mit Verteidigungspolitiken bereitgestellt werden können, die auf die gleichen Ziele ausgerichtet sind;
- vii. in der Erwägung, daß die WEU deshalb ihre eigenen Ansichten darüber vortragen sollte, wie die Ziele der Regierungskonferenz in bezug auf Angelegenheiten der Außen- und Sicherheitspolitik erreicht werden sollten, und mit Bedauern darüber, daß es der Rat in dem am 14. November 1995 in Madrid verabschiedeten Dokument nicht vermocht hat, dies mit ausreichender Klarheit zu tun;
- viii. in dem Wunsche, darum einen Beitrag zu dieser Konferenz zu leisten, der ihr dabei hilft, konstruktive Ergebnisse zur Förderung der Sicherheit, der Demokratie, der Entwicklung der Europäischen Union und des Weltfriedens vorzulegen;
- ix. in Anbetracht dessen, daß die Mehrzahl der Mitgliedstaaten der WEU das Ziel der Vervollständigung des europäischen Aufbauwerks durch fortschreitende Integration der Sicherheits- und Verteidigungsdimension in die Europäische Union anstrebt, daß dies jedoch nur erreicht werden

kann, wenn folgende Bedingungen erfüllt werden, was gegenwärtig nicht der Fall ist:

- a) Vorhandensein einer gemeinsamen Vorstellung von der Rolle, die die Europäische Union in der Welt zu spielen gedenkt, und von dem Beitrag, den sie zur Sicherheit in Europa und dessen Nachbarregionen leisten will;
- b) Ermittlung nationaler Sicherheits- und Verteidigungsinteressen und Aufbau der für eine politische Konvergenz erforderlichen Koordination;
- c) Entwicklung eines gesamteuropäischen Verteidigungskonzepts und einer gemeinsamen Politik, die den spezifischen Vorstellungen eines jeden Landes, der möglichen Rolle der nuklearen Abschreckung und dem Umstand Rechnung trägt, daß kein Mitgliedstaat bereit zu sein scheint, die entscheidenden Attribute seiner Souveränität auf diesem Gebiet aufzugeben, was bedeutet, daß alle Beschlüsse auf einem Konsens beruhen müssen, woraus folgt, daß kein Staat gezwungen werden kann, sich mit seinen Streitkräften an einer Operation zu beteiligen;
- d) Lösung der Probleme, die durch die Ablehnung einiger Mitgliedstaaten der Europäischen Union hervorgerufen werden, sich innerhalb des europäischen und atlantischen Rahmens an einer kollektiven Verteidigung zu beteiligen;
- e) Beilegung des durch den Umstand hervorgerufenen Problems, daß drei europäische Mitgliedstaaten des Atlantischen Bündnisses zwar uneingeschränkt zur Verteidigung Europas beitragen, aber nicht der Europäischen Union angehören;
- f) das Bestehen eines Übereinkommens über die Rolle, die die neun assoziierten Partnerstaaten der WEU, die der Europäischen Union zu gegebener Zeit beizutreten gedenken, bei der Entwicklung und Durchführung einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik spielen könnten und möchten;
- g) Umsetzung des Abkommens vom Januar 1994 zwischen der WEU und der NATO über die Verwendung ihrer jeweiligen Potentiale bei Aufgaben der kollektiven Verteidigung, Krisenbewältigung und Friedenssicherung;
- h) eine gemeinsame Vorstellung von den Folgen, die die Umwandlung der Europäischen Union in eine Militärmacht für die transatlantischen Beziehungen haben sowie von den Auswirkungen der Erweiterung der Union und der Entwicklung ihrer Beziehungen zu den Nachbarländern, insbesondere Mitgliedern der GUS und Mittelmeerländern;
- x. in der Überzeugung, daß unter diesen Umständen jeder Plan zur Aufhebung des geänderten Brüsseler Vertrages und zur Übertragung der Zuständigkeit der WEU für die kollektive Verteidigung und die Krisenbewältigung auf die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der

Europäischen Union gefährlich wäre und die europäische Sicherheit nicht erhöhen würde und deshalb von der Konferenz verworfen werden sollte;

- xi. in der Erwägung, daß auf eine Annäherung zwischen der WEU und der Europäischen Union über einen allmählichen Prozeß hingearbeitet werden sollte, der, wenn es erwünscht ist, letztlich zur Entwicklung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität in einem einheitlichen europäischen Rahmen führen könnte, sobald alle erforderlichen Voraussetzungen gegeben sind;
- xii. in der Auffassung, daß die Europäische Union deshalb ihre Haupttätigkeit auf die Verbesserung des Entscheidungsprozesses in der GASP konzentrieren sollte, ohne dabei unbedingt neue Strukturen zu errichten, während die WEU versuchen sollte, ihre volle Einsatzbereitschaft zu erlangen, um auf Anforderungen der GASP reagieren und Aktionen durchführen zu können, die sich aus ihren eigenen Beschlüssen ergeben;
- xiii. mit Genugtuung über die Entscheidung Frankreichs, sich enger an der militärischen Zusammenarbeit in der NATO und ihrer Nuklearen Planungsgruppe zu beteiligen, was die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Verteidigung im Atlantischen Bündnis, der Europäischen Union und der WEU erleichtert,

EMPFIEHLT DEM RAT,

- 1. sich die Auffassung zu eigen zu machen, daß sich der Beitrag der WEU zur Regierungskonferenz nicht in der Vorlage des am 14. November 1995 in Madrid verabschiedeten Dokuments zu diesem Thema erschöpfen sollte, sondern daß sie die Regierungskonferenz aktiv verfolgen und regelmäßige Konsultationen abhalten sollte, um die Fortschritte der Konferenz in den Zuständigkeitsbereichen der WEU zu bewerten und sich bei Bedarf einzuschalten;
- 2. die assoziierten Mitglieder, die assoziierten Partnerländer und die Versammlung regelmäßig über den Fortgang der Regierungskonferenz zu unterrichten, um ihnen die rechtzeitige Bekanntgabe ihrer Vorstellungen zu ermöglichen;
- 3. den geänderten Brüsseler Vertrag in Kraft zu lassen, keine Revision des Vertrages außer durch die Signatarstaaten ins Auge zu fassen und keinem Staat den Beitritt zur WEU zu erlauben, der nicht bereit ist, in vollem Umfang und ohne Einschränkungen an einer gemeinsamen Verteidigung im Rahmen des Atlantischen Bündnisses sowie gleichzeitig an den Aktivitäten der GASP mitzuwirken;
- 4. erneut die wiederholten Aufforderungen der Versammlung zu prüfen, den europäischen Mitgliedern des Atlantischen Bündnisses, die der WEU als Vollmitglieder beitreten wollen, dies zu gestatten, ohne dabei Vollmitglieder der Europäischen Union werden zu müssen;

- 5. alle Bemühungen um eine Verbesserung der Arbeitsweise der GASP zu fördern, auf sie jedoch keine der Zuständigkeiten zu übertragen, die der geänderte Brüsseler Vertrag der WEU zugewiesen hat und die Zusammenarbeit zwischen der WEU und der GASP zu stärken, insbesondere durch Sicherstellung der regelmäßigen Teilnahme des WEU-Generalsekretariats an den Aktivitäten der GASP, was den zukünftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der WEU nicht im Wege stehen sollte und bedeutet, daß die WEU die Beschlüsse der GASP ausarbeiten und umsetzen muß;
- 6. jeden Vorschlag einer Trennung der WEU von der Europäischen Union zurückzuweisen und den in Maastricht gefaßten Beschluß, die WEU in den Dienst der Europäischen Union zu stellen, sollten im Rahmen der GASP militärische Maßnahmen erwogen werden, wirklich umzusetzen und zugleich sicherzustellen, daß der Rat der WEU in vollem Maße seine Möglichkeit nutzt, Beschlüsse jeder Art zu fassen, die sich aus der Anwendung des geänderten Brüsseler Vertrages ergeben, wobei dies immer im Interesse der Europäischen Union und anderer Organisationen wie den Vereinten Nationen und der OSZE sein wird;
- 7. die Europäische Union aufzufordern, alle ihre neuen Mitgliedstaaten zu ermutigen, sich an den Strukturen der europäischen Verteidigung zu beteiligen;
- 8. sicherzustellen, daß alle von der Regierungskonferenz ergriffenen Maßnahmen die Gewähr dafür bieten, daß die Entwicklung der Europäischen Union und der WEU zu gegebener Zeit und durchweg im zwischenstaatlichen Rahmen zur vollen Teilnahme der WEU an einer Union führen werden, die solange unvollendet bleiben wird, wie sie nicht zur Ausarbeitung einer Sicherheitspolitik und einer gemeinsamen Verteidigung in der Lage ist;
- 9. mit diesem Ziel vor Augen die Ausarbeitung eines Weißbuches über die Sicherheit und Verteidigung Europas wiederaufzunehmen, in dem alle Bereiche ermittelt werden, in denen zwischen den entsprechenden Politiken der Mitgliedstaaten eine Konvergenz besteht, wobei alle Unterschiede zu erfassen und eine von allen betroffenen Staaten zu erstellende Übersicht über die Fortschritte auszuarbeiten ist, die erzielt werden müssen, um der Europäischen Union ein effektives Tätigwerden auf der ganzen Welt zu ermöglichen;
- 10. der WEU die entscheidenden Mittel im Befehlsbereich für Militäraktionen ohne NATO-Beteiligung an die Hand zu geben, gleichzeitig die Interoperabilität der militärischen Mittel der WEU und der NATO auszubauen und die NATO dazu zu drängen, mit der Umsetzung der im Januar 1994 getroffenen Vereinbarung über die Alliierten Streitkräftekommandos (CJTF) zügig fortzufahren;

11. ständige Konsultationen zwischen den zuständigen Gremien der Europäischen Union und der WEU einzurichten, um die europäische Zusammenarbeit auf vorbehaltene Bereiche im Sinne von Artikel 223 der Römischen Verträge, speziell die Rüstungs- und Weltraumtechnologie, auszudehnen;
12. alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um in den Vereinigten Staaten und Kanada bei der Regierung, dem Parlament und der breiten Öffentlichkeit einen besseren Informationsstand und mehr Verständnis in bezug auf die Westeuropäische Union zu fördern;
13. die Versammlung als seinen Gesprächspartner in allen die Anwendung des geänderten Brüsseler Vertrages betreffenden Angelegenheiten zu behandeln und im Verlauf der Regierungskonferenz darauf zu bestehen, daß, solange die Mitgliedstaaten die einzigen Träger ihrer Souveränität auf diesem Gebiet bleiben, die nationalen Parlamente und die sie in der Versammlung der WEU vertretenden Delegationen die wichtigsten Partner der Regierungen und des Rates mit Befugnissen in Sicherheits- und Verteidigungsangelegenheiten sind.

Richtlinie 98 (1996)

über die Organisation der Sicherheit in Europa – politische Aspekte

Die Versammlung,

in dem Wunsche, daß ihre Stellungnahme zu der Organisation der Sicherheit in Europa, die sie auf der am 22./23. Februar 1996 in London abgehaltenen außerordentlichen Sitzungsperiode verabschiedete, auf der Regierungskonferenz 1996 gebührende Berücksichtigung findet,

FORDERT IHREN PRÄSIDENTEN AUF,

die auf der außerordentlichen Sitzungsperiode in London verabschiedeten Berichte über die Organisation der Sicherheit in Europa an folgende Empfänger weiterzuleiten:

- a) den amtierenden Präsidenten des Rates der Europäischen Union,
- b) die Gruppe der für die Vorbereitung der Regierungskonferenz verantwortlichen Vertreter der Außenminister der Europäischen Union,
- c) den Generalsekretär des Rates der Europäischen Union,
- d) den Präsidenten der Europäischen Kommission,
- e) den Präsidenten des Europäischen Parlaments,
- f) den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten der Europäischen Union,
- g) die nationalen Parlamente und die Außenministerien der assoziierten Mitgliedstaaten und der assoziierten Partnerstaaten der WEU,
- h) den Generalsekretär der NATO,
- i) den Präsidenten der Nordatlantischen Versammlung.

Empfehlung 590

betr. die Organisation der Sicherheit in Europa – Verteidigungsaspekte

Die Versammlung,

- i. in der Erwägung, daß der geänderte Brüsseler Vertrag das Ziel verfolgt, die Verteidigung der Mitgliedstaaten sicherzustellen, die Einheit Europas zu fördern und sowohl die kollektive Sicherheit in Europa als auch den Weltfrieden zu festigen;
- ii. in Anbetracht dessen, daß die Mitgliedstaaten der WEU entschlossen sind, weiterhin ihre Souveränität in allen Angelegenheiten auszuüben, die sich auf die Zusammensetzung ihrer Streitkräfte und deren mögliche Dislozierung beziehen;
- iii. in der Überzeugung, daß die Atlantische Allianz für lange Zeit der Eckpfeiler der europäischen Sicherheit und Verteidigung sein wird, die ihre angemessene Rolle jedoch nur spielen kann, wenn ihr Umstrukturierungsprozeß auch eine wirkliche Stärkung ihres europäischen Pfeilers erlaubt;
- iv. in der Erwägung, daß die Führungsrolle der Vereinigten Staaten in der Atlantischen Allianz seit über vierzig Jahren auf der Überzeugung beruht, daß in Europa ihre Sicherheit auf dem Spiel steht;
- v. jedoch feststellend, daß unter den neuen Sicherheitsgegebenheiten in Europa, wo ein vereinigtes Deutschland der NATO angehört und die Drohung eines Überraschungsangriffs aus dem Osten verschwunden ist, keine absolute Garantie mehr besteht, daß die Vereinigten Staaten bei regionalen Krisensituationen intervenieren werden;
- vi. sich dessen bewußt, daß Interventionen der Vereinigten Staaten bei Krisensituationen auf dem europäischen Kontinent ebenso von der Wahrung ihrer nationalen Interessen wie von ihren internationalen Verpflichtungen abhängen;
- vii. in der Erwägung, daß dementsprechend künftige friedenserhaltende Maßnahmen unter Umständen von den europäischen Verbündeten statt von den Vereinigten Staaten durchzuführen sein werden;
- viii. in der Überzeugung, daß die innere Umstrukturierung der NATO in vollem Umfang vollzogen werden sollte, um einen starken Zusammenhalt zwischen ihren derzeitigen 16 Mitgliedern sicherzustellen, bevor mit einer Erweiterung begonnen wird;
- ix. feststellend, daß es gegenwärtig gleichermaßen angebracht erscheint, Verteidigungsgarantien bis an die Grenzen der GUS auszudehnen wie die Beziehungen mit Rußland im Interesse der europäischen Sicherheit zu vertiefen, wobei es sich versteht, daß jede NATO-Erweiterung der Erhöhung dieser Sicherheit dienen muß;

- x. mit großem Bedauern darüber, daß Europa trotz seiner vierjährigen Bemühungen, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik aufzubauen und zu betreiben, nicht in der Lage gewesen ist, ohne militärische und diplomatische Interventionen und militärische Unterstützung seitens der Vereinigten Staaten im ehemaligen Jugoslawien Frieden zu stiften;
- xi. mit Genugtuung über die von den institutionellen Gremien der Europäischen Union verabschiedeten Dokumente in bezug auf die jüngste Krise in der Ägäis;
- xii. betonend, daß es trotz der bedeutenden Fortschritte, die in den letzten Jahren bei der Umwandlung der WEU in eine operationelle Organisation, die wirksame militärische Operationen durchführen kann, erzielt wurden, immer noch zu viele Unzulänglichkeiten gibt, die dringend behoben werden müssen, um folgende Ziele zu erreichen:
- ein europäisches militärisches Hauptquartier mit einem voll ausgebauten Führungs- und Fernmeldesystem;
 - eine umfassende Planungskapazität;
 - kurzfristig verfügbare mobile europäische Streitkräfte;
 - Standardisierung und Interoperabilität des Geräts;
 - unabhängige europäische Aufklärung und Erkundung;
- xiii. die Tatsache bedauernd, daß die NATO mehr als zwei Jahre nach der Annahme des CJTF-Konzepts (Alliierte Streitkräftekommandos) immer noch nicht in der Lage ist, ein – wie es hieß – entscheidendes Mittel zur Verbesserung der operationellen Einsatzbereitschaft der WEU in der Praxis zu verwirklichen;
- xiv. in der Erwägung, daß es unangemessen ist, die WEU in die Europäische Union zu integrieren, solange sie nicht in vollem Umfang das Potential entwickelt hat, das zur Ausarbeitung und Durchführung der Beschlüsse und Aktionen der Union mit verteidigungspolitischen Bezügen erforderlich ist;
- xv. betonend, daß die Aktivitäten der WEU nicht auf Petersberg-Aufgaben beschränkt werden können, was eine Außerachtlassung der Kernfunktion der kollektiven Verteidigung bedeuten würde, wie sie in Artikel V des geänderten Brüsseler Vertrages definiert wird;
- xvi. betonend, daß die Regierungskonferenz in Anbetracht der Möglichkeit einer engeren Auslegung von Artikel 5 des Nordatlantikvertrages durch die Vereinigten Staaten die Frage eines eigenen europäischen kollektiven Verteidigungspotentials nicht außer acht lassen kann;
- xvii. in der Erwägung, daß jede künftige Erweiterung der Union, um das anomale Bestehen verschiedener Sicherheits- und Verteidigungszonen innerhalb der Europäischen Union zu verhindern, dem Umstand Rechnung tragen sollte, daß die betreffenden Staaten zu gegebener Zeit Mitglieder der NATO und der WEU werden müssen;
- xviii. in der Erwägung, daß eine echte europäische kollektive Verteidigung einen umfassenden Schutz vom Nordkap bis zum Kaukasus einschließen und die uneingeschränkte Teilnahme der assoziierten Mitglieder der WEU erfordern sollte;
- xix. in dem Bewußtsein, daß gegenwärtig eine unzureichende Zusammenarbeit zwischen den WEU-Mitgliedstaaten und Haushaltskürzungen allen ernsthaften Bestrebungen entgegenstehen, auf einem anderen Gebiet als dem der Krisenbewältigung eine europäische Kollektivverteidigung aufzubauen;
- xx. feststellend, daß Europa vor der nahezu unmöglichen Aufgabe steht, eine Verteidigungspolitik auszuarbeiten, die einerseits den vorhandenen und zukünftigen Bedrohungen und Risiken und andererseits seinem recht begrenzten Potential entspricht;
- xxi. in der Erwägung, daß dringend eine Umstrukturierung der europäischen Rüstungsindustrie erforderlich ist, damit diese in dem zunehmenden internationalen Wettbewerb bestehen kann;
- xxii. ihre Überzeugung betonend, daß die Mitgliedstaaten der WEU nicht länger zögern sollten, die langerwartete Europäische Rüstungsagentur zu schaffen;
- xxiii. in Anbetracht der Notwendigkeit einer Diskussion über die Rolle der Kernwaffen angesichts der Verlängerung des NV-Vertrages, des geplanten umfassenden Teststoppvertrages und des französischen Vorschlags einer „konzertierten Abschreckung“;

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. den geänderten Brüsseler Vertrag in Kraft zu lassen, keine Revision des Vertrages außer durch die Signatarstaaten ins Auge zu fassen und keinem Staat den Beitritt zur WEU zu erlauben, der nicht bereit ist, im Rahmen der Atlantischen Allianz in vollem Umfang an einer gemeinsamen Verteidigung und gleichzeitig an den Aktivitäten der GASP mitzuwirken;
2. jeden Vorschlag einer Trennung der WEU von der Europäischen Union zurückzuweisen und den in Maastricht gefaßten Beschluß, die WEU in den Dienst der Europäischen Union zu stellen, sollten im Rahmen der GASP militärische Maßnahmen erwogen werden, wirklich umzusetzen und zugleich sicherzustellen, daß der Rat der WEU in vollem Maße seine Möglichkeit nutzt, Beschlüsse jeder Art zu fassen, die sich aus der Anwendung des geänderten Brüsseler Vertrages ergeben, was stets im Interesse der Europäischen Union und anderer Organisationen, wie zum Beispiel der Vereinten Nationen und der OSZE, liegen wird;

3. die Europäische Union zu ersuchen, alle ihre neuen Mitgliedstaaten zu ermutigen, sich an der Struktur der europäischen Verteidigung zu beteiligen;
4. vorzuschlagen, die WEU solle nicht eher in die Europäische Union integriert werden, bis alle Mitglieder der Europäischen Union Artikel V des geänderten Brüsseler Vertrages ohne Vorbehalt angenommen haben;
5. Vorarbeiten zu einem Weißbuch über europäische Sicherheit und Verteidigung wiederaufzunehmen und strategisch auszuweiten, in dem unter anderem die Mittel erörtert werden sollten, die für kombinierte Interventionen – mit und ohne die Amerikaner – benötigt werden, je nachdem ob diese tätig werden wollen oder es vorziehen, nicht in eine Krise hineingezogen zu werden;
6. seine Energie auf eine Stärkung des operationellen Potentials der WEU im Rahmen der Festigung des europäischen Pfeilers einer umstrukturierten NATO zu konzentrieren und dazu
 - a) die Verbindungen zwischen der WEU und der NATO zu konsolidieren, um die für die operationelle Planung und die Aktivitäten der europäischen Streitkräfte benötigten Aufklärungsdaten teilen zu können;
 - b) ein europäisches Hauptquartier bei der WEU zu errichten, das zur Vermeidung von Doppelarbeit der erneuerten NATO-Struktur zugeordnet werden sollte;
 - c) ein volles, ständiges europäisches Führungspotential für Militäroperationen zu schaffen und die bestehenden Lücken in der Befehlskette zwischen dem Rat der WEU und den der WEU zugeordneten militärischen Einheiten zu schließen;
 - d) eine Operationsstruktur zu schaffen, die alle europäischen multinationalen Einheiten, insbesondere das Eurokorps, EUROFOR, EURO-MARFOR, die englisch-französische Luftwaffeneinheit, den britisch-niederländischen amphibischen Verband und andere, zu einer effektiven und in sich geschlossenen Streitmacht zusammenschließt, die kurzfristig bereit stehen kann, um großangelegte Militäroperationen durchzuführen;
 - e) alle erdenklichen Möglichkeiten zu nutzen, um die Verwirklichung des Konzepts der Alliierten Streitkräftekommandos (CJTF) durch die NATO bis zum Sommer 1996 zu erreichen, damit die Europäer unter Umständen bestimmte operationelle NATO-Potentiale nutzen können, falls die Vereinigten Staaten beschließen, sich an bestimmten sicherheitsrelevanten Operationen nicht zu beteiligen;
 - f) den Planungsstab und seine Aufklärungsabteilung zu stärken, wobei das Personal gemäß den Erfordernissen aufgestockt und mit den angemessenen Geräten und technischen Mitteln versehen werden muß, damit es alle seine Aufgaben auch in Krisenzeiten uneingeschränkt operationell ausführen kann;
- g) eine direkte Verbindung zwischen dem WEU-Planungsstab und dem WEU-Satellitenzentrum in Torrejon herzustellen, über die der Planungsstab direkten Zugriff auf die in dem Zentrum verfügbaren Satellitenaufnahmen erhalten sollte, wozu auch die Möglichkeit einer Befragung des Zentrums zu den das Bildmaterial betreffenden Themen gehören sollte;
- h) über das bestehende Memorandum of Understanding in bezug auf Helios 1A neu zu verhandeln, um dem WEU-Satellitenzentrum die Programmplanung für einen Teil der Aktivitäten des Helios 1B-Nachfolgesatelliten 1B zu ermöglichen, der im Zeitraum 1997–1998 gestartet werden soll;
7. alles in seinen Kräften stehende zu tun, um die industrielle Basis im wissenschaftlichen, technologischen und wehrtechnischen Bereich zu erhalten, die für die Verteidigung Europas entscheidend ist, und zwar vor allem durch
 - a) Errichtung einer Europäischen Rüstungsagentur als nachgeordnete Stelle der WEU, die für die Verwaltung bilateraler und multilateraler Rüstungsprogramme, die Straffung der Beschaffungsabläufe sowie die Koordinierung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben zuständig sein sollte;
 - b) Förderung – bis zur Errichtung einer Europäischen Rüstungsagentur – aller Verträge zwischen europäischen Rüstungsunternehmen im Rahmen bilateraler oder multilateraler Wehrtechnikprogramme;
 - c) bei Rüstungsprogrammen vorzugsweise Förderung intelligenter Waffensysteme des dritten Jahrtausends anstelle von Programmen, die während des Kalten Krieges begonnen wurden und heute nicht mehr sinnvoll erscheinen;
8. eine Diskussion über die mögliche Stärkung der europäischen Verteidigung durch eine „konzertierte Abschreckung“ zu führen.

Beschluß 14

betr. die Organisation der Sicherheit in Europa

Zum Abschluß ihrer außerordentlichen Tagung am 22. und 23. Februar 1996 in London

BESCHLIESST

die Versammlung, folgende Erklärung an die Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu übermitteln:

„Am Vorabend der Regierungskonferenz hält es die Versammlung der WEU für wichtig, nachdrücklich ihrer Überzeugung Ausdruck zu verleihen, daß die Voraussetzung für jegliche Fortschritte im Hinblick auf die Verwirklichung einer Europäischen Union die Entschlossenheit der Europäer ist, gemeinsam die ihnen im Verteidigungsbereich und bei der Organisation eines ganz Europa umfassenden kollektiven Sicherheitssystems obliegenden Verantwortlichkeiten zu übernehmen. Mangels einer solchen Entschlos-

senheit ist die Europäische Union derzeit nicht in der Lage, die Grundlagen für eine europäische Verteidigungspolitik zu schaffen.

Die Versammlung stellt fest, daß die NATO derzeit das einzige wirksame Instrument zur Verteidigung Europas ist. Es ist ebenfalls notwendig, daß sich Europa die operationellen Mittel für den Kommando-, Kontroll-, Kommunikations-, Aufklärungs- und Logistikbereich zulegt, die der WEU zur Verfügung gestellt werden sollen, damit die Europäer über angemessene Interventionsfähigkeiten verfügen, die ihnen die Möglichkeit geben, in Krisenfällen, in den die Vereinigten Staaten beschließen können, nicht einzugreifen, selbst zu handeln.

Zur Verwirklichung dieses Ziels muß die WEU Strukturen aufrechterhalten, die es den Regierungen der Mitgliedstaaten erlauben, ihre Beschlüsse ohne Beeinträchtigung durch irgendwelche Widerstände von Staaten, ganz gleich, ob es sich dabei um neutrale Staaten oder Beobachterstaaten oder assoziierte Mitglieder der Organisation handelt, zu ergreifen und durchzuführen. Sie muß auch ihre Aktivitäten im Hinblick auf die Herbeiführung eines zunehmenden Maßes an Konvergenz bei den Verteidigungspolitiken ihrer Mitgliedstaaten verstärken. Zu diesem Zweck muß die WEU die Arbeit, die zur Verabschiedung eines Weißbuches führen soll, in dem die Sicherheits- und Verteidigungsinteressen dieser Staaten, die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zu deren Durchsetzung, die von ihnen geplanten anzuwendenden Strategien, einschließlich der Abschreckung und der Rolle der nuklearen Waffen, und die Anstrengungen, die sie bereit sind im Hinblick auf die Rüstung sowie die Nutzung des Weltraums zu unternehmen, wiederaufnehmen und vertiefen. Die Beteiligung der WEU an den Alliierten Streitkräftekommandos (CJTF) muß schrittweise erfolgen, wobei die Fähigkeit des Rats der WEU, im Namen der Europäischen Union zu handeln und Beschlüsse zu treffen, die sich aus dem Anwendungsbereich des geänderten Brüsseler Vertrags ergeben, umfassend genutzt werden sollte.

Darüber hinaus ist die Versammlung der WEU, angesichts der Tatsache, daß sie sich aus Delegationen aus Parlamenten der Mitgliedstaaten zusammensetzt, das wichtigste europäische parlamentarische Gremium, welches in einen Dialog mit den Regierungen über alle Fragen in bezug auf eine europäische Verteidigungspolitik treten kann.

Robert Antretter (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, der ausgewogene und umfassende Bericht meines Kollegen de Puig benennt in beeindruckender Weise die Voraussetzungen für weitere Fortschritte auf dem Weg zu einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik. Er stellt heraus, daß es für eine weitere Vertiefung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit unserer Mitgliedstaaten vor allem auf eines ankommt: auf eine Konvergenz der Interessen.

Erst wenn diese Konvergenz der sicherheitspolitischen Interessen gegeben ist, kann eine institutio-

nelle Vereinigung der WEU und der EU vollzogen werden.

Sind wir jedoch heute bereits soweit, daß wir ernsthaft von einer Konvergenz der sicherheitspolitischen Interessen der Mitgliedstaaten der EU beziehungsweise der WEU sprechen können? Haben wir in den vergangenen Jahren wirklich so tiefgreifende Fortschritte erzielt, um zu einer übereinstimmenden Einschätzung der unsere Sicherheit bedrohenden Risiken und Stabilitätsgefährdungen zu gelangen? Sind wir wirklich soweit, daß wir bei der Eskalation eines Konfliktes angemessen aber auch entschlossen handeln können? Die Antworten auf diese Fragen liegen auf der Hand: das hilflose Agieren unserer Regierungen während des Golfkrieges, im ehemaligen Jugoslawien, Ruanda und anderen Konfliktherden verdeutlicht, woran es den Europäern immer noch mangelt: an einem gemeinsamen politischen Willen, diese Konflikte auch unter Einsatz militärischer Machtmittel zu beenden. Es mangelt an einer übereinstimmenden Lageeinschätzung. Es mangelt aber auch an den militärischen Kapazitäten.

Die USA haben uns durch ihr entschlossenes Eingreifen im ehemaligen Jugoslawien vorgemacht, wie weit die Europäer noch von einem gemeinsamen politischen Willen entfernt sind und wie wichtig die NATO auch in Zukunft als transatlantische Brücke bleiben wird.

Es käme einer Art „Flucht nach vorn“ gleich, wenn in der anstehenden Regierungskonferenz eine Verschmelzung der WEU und der EU beschlossen werden sollte. Ich halte es für einen völlig verfehlten Ansatz, wenn in Anbetracht der heterogenen Mitgliedschaft zwischen der EU und der WEU, die WEU vor schnell aufgelöst werden sollte.

Wer sich noch einmal in Erinnerung ruft, unter welchen Voraussetzungen in den Verhandlungen die zu dem Maastrichter Vertrag geführt haben, das Rendezvous 1996 vereinbart wurde, der muß zu dem Ergebnis kommen, daß wir heute andere Rahmenbedingungen haben, als vor fünf Jahren. Lassen Sie mich hier einige offene Fragen ansprechen:

- die Stärkung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Identität zwischen unseren Staaten sollte sich parallel auf dem Weg zu einer gemeinsamen Währung vollziehen. Gegenwärtig ist unklarer denn je, ob und wieviele Staaten die Voraussetzungen der wirtschaftlichen und haushaltspolitischen Konvergenzkriterien erfüllen. Unstreitig ist aber auch, daß eine Währungsunion in eine politische Union eingebunden sein muß.

Wie wird diese politische Union aussehen und wird sie von der EU oder doch von einer Kerngruppe gebildet werden? Solange wir diese Frage nicht beantworten können, halte ich es für abenteuerlich, die WEU aufzulösen, die gerade dazu beitragen kann, daß sich diese Konvergenz der sicherheitspolitischen Interessen herausbildet.

- Der Berichterstatter weist darauf hin, daß es aus politischen und finanziellen Gründen nicht dazu kommen darf, militärische Strukturen zur territoria-

len, kollektiven Verteidigung zu verdoppeln. Die NATO ist und bleibt der Rahmen zur gemeinsamen Verteidigung und im transatlantischen Sicherheitsraum darf es zu keinen Zonen unterschiedlicher Sicherheit kommen. Deshalb halte ich nach wie vor das Konzept des alliierten Streitkräftekommandos, das CJTF-Konzept, für den richtigen Weg, um unsere amerikanischen Freunde in die europäische Sicherheitspolitik einzubinden. Die in Frankreich geführte Diskussion über die Zukunft des Euro-Korps bestärkt mich in meiner Einschätzung, daß an der Umsetzung dieses Konzepts kein Weg vorbeiführt. Hier würde ich gerne Fortschritte sehen und ich würde mich freuen, wenn sich meine Einschätzung als falsch erweist, daß einige Regierungen versucht sein könnten, von den Schwierigkeiten bei der Umsetzung des CJTF-Konzeptes abzulenken, indem sie die Verschmelzung der EU mit der WEU als großen Erfolg verkaufen.

– Die OSZE hat in Bosnien eine wichtige Rolle im Prozeß der Friedenskonsolidierung und beim Wiederaufbau des Landes übernommen. OSZE und IFOR-Streitkräfte arbeiten eng zusammen. Es bleibt abzuwarten, wie sich diese Zusammenarbeit entwickelt und welche Anforderungen an die Europäer gestellt werden, wenn sich die USA vom Balkan zurückziehen. Hier wird die WEU eine größere Verantwortung übernehmen müssen, und zwar in Zuordnung zur NATO und zur OSZE.

Die Hauptaufgabe der WEU muß in den nächsten Jahren darin liegen, die Fähigkeiten der europäischen Staaten zu stärken, sich an friedenssichernden Operationen der UNO und der OSZE zu beteiligen. Diese Aufgabe kann jedoch nicht losgelöst von der NATO und ohne die Kontrolle unserer nationalen Parlamente durchgeführt werden. Wenn es zu Fortschritten in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in der EU kommt, bin ich optimistisch, daß die WEU und die EU in Zukunft besser zusammenarbeiten werden und, wie man so schön sagt, Synergieeffekte herstellen können. Das hat aber zur Voraussetzung, daß die WEU als eigenständige Koalition von sicherheitspolitisch konvergenten Staaten erhalten bleibt, sie weiterhin eine Brücke zur NATO und zur OSZE bildet und ihre operativen Fähigkeiten stärkt.

Dieter Schloten (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, Ziel eines politisch geeinten Europas sind gemeinsamer Binnenmarkt, gemeinsame Währung, gemeinsame Bekämpfung internationaler Kriminalität, gemeinsames Handeln in der Asyl- und Einwanderungspolitik sowie der Umweltpolitik und letztlich eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Der gegenwärtige Zustand in Europa aber wird beleuchtet durch die kritischen Äußerungen Holbrookes, daß Europa zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht in der Lage sei, für Sicherheit im eigenen Haus zu sorgen, sondern dafür den Einsatz Amerikas benötige. Ich möchte daraus zwei Schlußfolgerungen ziehen:

Europa sollte weiterhin intensiv auf einer funktionierenden und zukunftsfähigen atlantischen Allianz be-

stehen. Sie ist und bleibt der Garant unserer Sicherheit. Sie sollte aber nicht mehr ausschließlich Ausdruck militärischer, sondern vielmehr gemeinsamer historisch-kultureller Grundlagen und Beziehungen sowie gemeinsamer politischer Interessen sein. Daraus ergeben sich für die WEU folgende spezifische Beiträge: Erstens die Forderung einer europäischen Sicherheitsidentität auch im Interesse der Amerikaner, zweitens eine organisierte Arbeitsteilung in der atlantischen Allianz, und drittens Katalysator zu sein für die schrittweise Entwicklung einer gemeinsamen, das heißt supranationalen Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Die nächsten Schritte wären dann eine enge Kooperation zwischen der WEU und der EU mit dem Ziel, die Sicherheits- und Verteidigungskomponente der EU zu stärken, eine konkrete Verbesserung der operationellen Fähigkeiten der EU, wie auch in den Berichten angemahnt, die Umsetzung der Vorschläge der britischen Präsidentschaft, hierzu gehört ebenso die weitgehende Nutzung der NATO-Strukturen (siehe motion for a decision) sowie die Ermutigung der bisher neutralen Staaten in der EU, der WEU beizutreten.

Weiterhin wäre eine möglichst enge Verbindung zwischen der Ost-Erweiterung der EU und der WEU sowie der NATO wünschenswert, das heißt, eine Mitgliedschaft der MOE-Staaten in diesen Organisationen müßte nicht unbedingt zeitgleich erfolgen, es sollte aber strategische Parallelität bestehen.

Dies würde keine neue Bedrohung Rußlands durch „Extension“ oder „Enlargement“, kein neuer „Eiserner Vorhang“, sondern Selbstbestimmungsrecht der betreffenden Staaten bedeuten, einer Stabilitätsgemeinschaft souveräner demokratischer Rechtsstaaten, die eine vertrauensvolle Kooperation mit Rußland wollen, anstatt einer Zone der Instabilität in Mitteleuropa, die rasch zu Konfliktsituationen führen könnte. So auch der polnische Außenminister, der wegen der strategischen Lage Polens zwischen Rußland und Deutschland den Beitritt Polens in die NATO empfiehlt.

Wünschenswert wäre weiterhin, eine transatlantische Partnerschaft durch An- bzw. Einbindung der USA und Kanada in europäische Institutionen statt einer rein militärischen Zusammenarbeit.

Zum Schluß möchte ich noch die hervorragende Analyse und umfassende Darstellung der Problemlage der beiden Berichte hervorheben. Sie beinhalten mutige Anregungen und Schlußfolgerungen und deshalb sollte die Parlamentarische Versammlung ihren Empfehlungen zustimmen.

Letztlich bliebe noch offen, was macht die WEU – in Kooperation mit der EU – wenn IFOR aus Bosnien abzieht und erneut militärische Auseinandersetzungen ausbrechen sollten? Eventuell kommt rasch eine Nagelprobe auf die WEU zu, die sich mit dieser Konferenz im Aufbruch befindet und bereit sein sollte, sich auf diese Herausforderung einzustellen.

Die europäische Sicherheit als Thema der Regierungskonferenz und darüber hinaus

Rede des britischen Premierministers John Major, vor der Parlamentarischen Versammlung der WEU, Church House, London, Freitag, 23. Februar 1996

Es kommt selten vor, daß ein britischer Premierminister an Tagungen dieser Art teilnimmt, und ich freue mich, zu diesem Anlaß hier sein zu können. Es kommt ebenfalls selten vor, daß ein britischer Premierminister einen britischen Politikerkollegen als Herr Präsident anredet. Ich tue dies jedoch mit großer Freude und möchte meinem Freund und Kollegen, Sir Dudley Smith, zu seiner Ernennung zum Präsidenten gratulieren. Ebenso selten kommt es vor, daß ein Regierungschef – gleich, welcher Nationalität – eine so auserlesene Parlamentariergruppe, wie sie hier in London zusammengekommen ist, begrüßen kann. Ich freue mich außerordentlich, die WEU-Versammlung heute hier willkommen zu heißen und hoffe, daß Ihre Beratungen in allen Bereichen zu einem erfolgreichen Ergebnis führen werden.

Wir haben sehr selten die Gelegenheit, die Präidentschaft eines so auserlesenen Gremiums wie diesem zu übernehmen, und wir freuen uns sehr, sie zur Zeit innezuhaben. Unsere Mitgliedschaft in der WEU hat bereits eine lange Geschichte. Großbritannien war eines der Gründungsmitglieder, und London war fast 40 Jahre Sitz der Organisation. Mitte der 80er Jahre trug Großbritannien zur Wiederbelebung der WEU bei.

Großbritanniens Engagement in der WEU spiegelt auch eine tiefergehende Regung wider. Sie entstammt unserem grundlegenden Bekenntnis zu Sicherheit und Stabilität – in Europa und der weiteren Welt.

Kein Land kann allein für seine Sicherheit sorgen. Wie Winston Churchill zu einem sehr schwierigen Zeitpunkt der anglo-amerikanischen Beziehungen im Zweiten Weltkrieg sagte: „Nur eins ist schlimmer als mit Verbündeten Krieg zu führen, und das ist, ohne sie Krieg zu führen.“ Gleichgültig, welchen Maßstab man anlegt, Großbritannien leistet bei Verteidigungsangelegenheiten bereits mehr als seinen Anteil.

Wir haben – wie unsere Verbündeten – nach dem Ende des Kalten Krieges unsere Streitkräfte umstrukturiert. Wir haben das getan als Reaktion auf so einschneidende Ereignisse wie den Fall der Mauer in Berlin, die Auflösung des Warschauer Pakts, die Implementierung des KSE-Vertrags, den Zusammenbruch der ehemaligen Sowjetunion und die daraus folgende Verminderung und Reform der russischen Streitkräfte sowie den Aufbau neuer Strukturen der Zusammenarbeit zwischen Ländern, die sich zuvor als Feinde gegenüberstanden. Bei all diesen Veränderungen haben wir daran festgehalten, unsere Planung an einer unsicheren Welt auszurichten, so daß unsere neue Frontlinie den neuen Herausforderungen gerecht wird. Unsere Hauptschwerpunkte dabei waren Mobilität, Flexibilität und schnelle Reaktion. Alles Attribute, die wir jetzt mehr als jemals zuvor in unserer Geschichte brauchen. Ich vermute, eine sehr

ähnliche Denkweise liegt den wichtigen Vorschlägen für die Reform der französischen Streitkräfte zugrunde, die Staatspräsident Chirac gestern vorlegte.

Unterdessen haben wir im Vereinigten Königreich unnötige Kosten und überflüssige Bürokratie radikal gestrichen und dabei alle unnützen Aufgaben abgeschafft, gleichzeitig aber dafür gesorgt, daß die wirklich wichtigen verbliebenen Aufgaben auf die effizienteste Art und Weise erfüllt werden können. Bis 1998/99 werden wir so über 1 Milliarde Pfund jährlich einsparen. Trotz dieser Einsparungen bleiben wir eines der Länder mit den höchsten Verteidigungsausgaben in Europa, und zwar absolut wie auch pro Kopf der Bevölkerung gerechnet. Wir sind bestrebt gewesen, unsere Ressourcen dort zu konzentrieren, wo sie am meisten gebraucht werden – an der Frontlinie, dort, wo die kämpfende Truppe steht. Es ist uns gelungen, uns eine völlig neue Schlagkraft zuzulegen – Tomahawk-Flugkörper für unsere U-Boote.

Gleichzeitig haben wir immer mehr Gewicht auf „gemeinsames“ Vorgehen gelegt, mit engster Verflechtung und Kooperation der drei Teilstreitkräfte. Sie üben, wie sie eingesetzt werden: gemeinsam.

Es existiert die Vorstellung, daß Kürzungen im Verteidigungshaushalt seit dem Ende des Kalten Krieges mit einer Minderung der Leistungsfähigkeit unserer Streitkräfte einhergehen müssen. Ich möchte Ihnen in aller Offenheit sagen, daß das nicht der Fall ist. Unsere Streitkräfte waren niemals besser ausgerüstet als heute. Ich möchte nur ein Beispiel nennen. Die neueste Fregatte der Royal Navy – Typ 23 – hat eine Besatzung, die um ein Drittel kleiner ist als die ihrer Vorläuferin der 70er Jahre. Aber ihr Radar und andere Systeme, ihr Hubschrauber und ihre Flugkörper haben Reichweiten und Leistungen, die denen ihrer besten Vorläufersysteme um ein Mehrfaches überlegen sind.

Kurz gesagt haben wir

- die Struktur unserer Streitkräfte dem neuen internationalen Sicherheitsumfeld angepaßt und unsere operationelle Leistungsfähigkeit durch Konzentration auf Mobilität, Flexibilität und schnelle Reaktion gesteigert;
- die Ressourcen dort konzentriert, wo sie gebraucht werden: an der Front, dort, wo die kämpfenden Truppen stehen;
- die kombinierte Einsatzfähigkeit der Teilstreitkräfte verbessert.

Großbritanniens Streitkräfte haben ihre Qualitäten für die Unterstützung von Frieden und Freiheit in aller Welt mehrfach bewiesen: sie haben den Angriff Argentiniens auf die Falkland-Inseln abgewehrt, zur Wiederherstellung der Souveränität von Kuwait sowie zur Friedenssicherung in Zypern und Mosambik beigetragen, und sie sind jetzt an der Sicherung eines neuen Friedens in Bosnien beteiligt.

Eine Momentaufnahme im letzten Jahr hatte gezeigt, daß Großbritannien den größten Beitrag zu den VN-Friedensmissionen in der ganzen Welt leistet. Unser Beitrag zur internationalen Friedenstruppe in Bosnien ist etwa 13 000 Mann stark – und damit gemes-

sen an der Bevölkerung oder dem Bruttoinlandsprodukt in Großbritannien oder auch als Anteil unserer Gesamtstreitkräfte gesehen höher als der irgendeines anderen Landes. Um dies alles in eine klare Perspektive zu rücken: mehr als 10 % unserer Landstreitkräfte befinden sich in Bosnien.

Weil wir unsere eigene Verantwortung ernst nehmen, liegt unserem Land soviel an den Sicherheitsorganisationen, deren Mitglied wir sind. Daher betrachten wir es auch als Ehre, im ersten Halbjahr 1996 die WEU-Präsidentschaft zu haben. Und ich bin froh, daß Sie sich dafür entschieden haben, diese Tagung der Behandlung von Verteidigungsfragen auf der bevorstehenden Regierungskonferenz zu widmen.

Mein Ziel für die britische WEU-Präsidentschaft und für die Regierungskonferenz ist ganz einfach – Verteidigungs- und Sicherheitsstrukturen für Europa, die funktionieren:

- die glaubwürdig und praktikabel sind,
- auf die unsere Bürger vertrauen können.

Der Härte-test ist, ob es uns gelingt, Strukturen zu schaffen, die nicht nur einem Verlangen nach bürokratischer oder institutioneller Ordnung, sondern auch den wirklichen Herausforderungen an die Sicherheit gerecht werden, mit denen wir in den kommenden Jahren konfrontiert sind.

Ein amerikanischer Präsident sagte einmal, daß es nicht Zweck der Außenpolitik sei, ein Ventil für unsere eigenen Gefühle der Hoffnung oder Entrüstung zu schaffen, sondern das konkrete Geschehen in einer realen Welt zu gestalten.

Das gleiche trifft auf die Verteidigung zu. Institutionelle Konzepte mögen auf dem Papier schön aussehen, doch bieten sie, wie jeder Soldat Ihnen bestätigen kann, nicht viel Schutz, wenn das Feuer eröffnet wird.

Was also sind die Herausforderungen? Ich sehe im wesentlichen drei Aufgaben.

Erstens muß die Effizienz der militärischen Streitkräfte erhalten werden.

Das Ende des Kalten Krieges bedeutet nicht, daß wir nicht mehr bereit sein müssen, uns zu verteidigen und das Atlantische Bündnis zusammenzuhalten. Für Großbritannien bleibt die kollektive Verteidigung durch die NATO der beste Weg, beides zu tun.

Zweitens muß ein ungeteiltes und freies Europa geschaffen werden.

Das heißt, Stabilität und Wohlstand, beides für uns in Westeuropa seit langem selbstverständlich, auf den Osten auszuweiten und gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, daß dabei keine neuen Teilungen entstehen.

Ich möchte diesen Punkt hier ein wenig näher ausführen. Ich hatte die entscheidenden Veränderungen, die in ganz Europa vonstatten gegangen sind, zuvor erwähnt. Wir haben jetzt, in dieser Politikergeneration in Europa, die einmalige Chance, die Institutionen der Demokratie und der freien Marktwirtschaft und die für uns in Westeuropa charakteristische Art der Sicherheit und des Friedens auf Mittel-

europa und in Richtung Osteuropa auszuweiten. Es ist unsere Chance, und ich möchte allen meinen europäischen Kollegen sagen, daß meiner Ansicht nach – und ich zähle mich hier zu dieser Generation von Politikern – das Wahrnehmen dieser Chance von weit größerer Bedeutung ist als institutionelle Veränderungen und andere Bestrebungen, die wir vielleicht verfolgen. Diese Chance bietet sich jetzt, und wir sollten sie ergreifen und nicht verstreichen lassen.

Drittens muß die regionale und globale Sicherheit gefördert werden.

Geschichte, Kultur und Handel verbinden Europa praktisch mit allen Teilen der Welt: vom Mittelmeer bis zum Fernen Osten, von Afrika bis Lateinamerika.

Diese drei zentralen Aufgaben sind eine gewaltige Agenda. Welche Instrumente brauchen wir dafür?

An vorderster Stelle die NATO.

Die NATO und die amerikanische Präsenz in Europa bleiben das Fundament unserer gemeinsamen Sicherheit. Wir müssen die Stärke des Bündnisses aufrechterhalten, sowohl für die kollektive Verteidigung als auch für neue Operationen wie IFOR, wo wir amerikanische Bodentruppen zu unserer Unterstützung brauchen. Wir ziehen neue Stärke aus der französischen Entscheidung, sich intensiver in der NATO zu engagieren, eine Entscheidung, die ich wärmstens begrüße.

Das Bündnis spielt auch eine wichtige Rolle bei der Ausweitung der Stabilität auf den Osten. Im Mittelpunkt steht hierbei das Konzept der Partnerschaft für den Frieden, das im Januar 1994 lanciert wurde. Die militärische Zusammenarbeit im Rahmen dieser Partnerschaft beginnt, Mißverständnisse abzubauen, die Unsicherheit hervorrufen.

- Sie führt ehemalige Gegner in gemeinsamen Operationen zusammen.
- 14 der 27 Länder, die dem NATO-Konzept der Partnerschaft für den Frieden beigetreten sind, haben Soldaten für die IFOR abgestellt. Wie Javier Solana diesen Monat in München sagte, kann die Operation als die bisher ehrgeizigste Übung im Rahmen der Partnerschaft bezeichnet werden.

Die NATO hat sich darauf verständigt, daß die Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden für einige Länder letztendlich auf die Mitgliedschaft in der Allianz hinauslaufen wird. Das ist eine Verpflichtung. Während uns allmählich den Entscheidungen über das „Wer“ und „Wann“ nähern, sollten aber auch nicht vergessen, daß eine Erweiterung kein Allheilmittel ist. Eine Erweiterung schließt nicht alle Länder ein und wird auch nicht allen Anforderungen an die Sicherheitspolitik gerecht. Und durch sie entstehen natürlich Verpflichtungen, nicht nur für die NATO, sondern auch für die Länder, die Teil der NATO-Erweiterung sind.

Jeder neue Staat, der der NATO beitrifft, bedeutet eine enorme neue Verpflichtung seitens des neuen Mitglieds und seitens der NATO. Es handelt sich hier um ein Militärbündnis, nicht um einen Debattierklub.

Und ganz sicher ist der Beitritt kein Geschenk.

Deshalb muß der Prozeß sachlich und offen gehandhabt werden, als eines von mehreren leistungsstarken Instrumenten zur Schaffung des größeren und sichereren Europas, das wir anstreben.

Wir Europäer müssen den Beitrag Europas zum Atlantischen Bündnis verstärken. Eine effektivere europäische Beteiligung kann die NATO als Ganzes nur stärken. Wir sollten die IFOR als Modell für die Zukunft ansehen. Nahezu zwei Drittel ihrer Soldaten kommen aus europäischen Ländern.

Doch manchmal kann Europa die Verantwortung eigenständiger übernehmen, indem es kleinere Operationen in eigener Regie ausführt. Die Regierungschefs der NATO-Länder haben den Weg hierzu bereits im Januar 1984 geebnet, als sie das Konzept der Alliierten Streitkräftekommandos entwickelten. Wir müssen jetzt die Maschinerie für die politische Kontrolle und Planung solcher Operationen bereitstellen.

Die WEU ist auf einzigartige Weise für diese Aufgabe qualifiziert. Ihre Arbeitsbeziehungen zur NATO ermöglichen es ihr, auf das gesamte Spektrum des europäischen Potentials und der Kommandostrukturen der NATO zurückzugreifen.

Dank ihrer engen Bindungen zur EU sind wir in der Lage, die militärischen, politischen und wirtschaftlichen Elemente jedweder Reaktion Europas auf eine Krise zu koordinieren.

Doch ihre Entscheidungen über militärische Einsätze werden notwendigerweise auf rein zwischenstaatlicher Ebene getroffen, wie im geänderten Brüsseler Vertrag festgelegt.

Die WEU hat bei der Durchführung ihrer Operationen bislang nützliche Erfahrungen gesammelt – von Minenräumaktionen in der Golfregion bis zur Durchsetzung von Sanktionen im früheren Jugoslawien. Doch es ist noch mehr Arbeit erforderlich, ehe sie bedeutendere Aufgaben übernehmen kann.

Das Ziel der britischen Präsidentschaft ist, die WEU so bald wie möglich in vollem Maße operationell einsatzfähig zu machen. Auf dem Petersberg-Treffen im Jahr 1992 verständigten sich die Minister darauf, daß sich die WEU darauf vorbereiten solle, Aufgaben in den Bereichen Friedenssicherung, humanitäre Hilfe und Krisenmanagement zu übernehmen. Unser Ziel ist, die WEU bis Ende des Jahres in die Lage zu versetzen, einen guten Teil dieser Aufgaben zu erfüllen.

Ich hoffe, daß die WEU während der britischen Präsidentschaft auch ihren Beitrag zur Ausweitung der Stabilität nach Osten verstärken kann. Wir müssen einen besseren Dialog mit den assoziierten Partnern der WEU in Mitteleuropa in Gang bringen. Und wir müssen den Beziehungen der WEU zu Rußland und der Ukraine Substanz verleihen.

Unsere Sicherheit wird nicht immer mit dem Geschützrohr gewährleistet. Neben der WEU besitzt auch die EU ein großes Arsenal an politischen und wirtschaftlichen Instrumenten zur Schaffung von Sicherheit und zur Wiedervereinigung unseres Kontinents.

Die Assoziierungsabkommen der EU mit den Ländern Mitteleuropas und ihre Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit weiter östlich gelegenen Staaten sind ein wichtiger Faktor für Sicherheit und Wohlstand.

Wir müssen das Beste aus ihnen machen:

- Meiner Ansicht nach sollten wir so schnell wie möglich nach der Regierungskonferenz zumindest mit einigen Ländern Mitteleuropas in EU-Beitrittsverhandlungen eintreten;
- wir müssen die Handelspraktiken der EU offen und frei von protektionistischen Bestrebungen halten, so daß wir allen Ländern dieser Region die Handelschancen bieten können, die sie zum Aufbau starker Volkswirtschaften benötigen;
- und wir müssen zusammenarbeiten, um eine gemeinsame Politik für die Sicherheit innerhalb und außerhalb Europas zu entwickeln.

Europa muß aber auch südwärts blicken. Wenn es um die Förderung der Stabilität in den Mittelmeerlandern geht, so gilt es, an die letzte Konferenz in Barcelona anzuknüpfen. Auch müssen wir unseren Blick auf weiter entfernt liegende Interessen richten. Die Zusammenkunft der Regierungschefs aus Asien und der EU in der nächsten Woche ist eine wichtige und ausgezeichnete erste Gelegenheit, die Zusammenarbeit zwischen zwei der dynamischsten Regionen der Welt zu verbessern.

Und was genau heißt all dies in bezug auf die Verteidigungs- und Sicherheitsfragen, die uns auf der Regierungskonferenz, die im März in Turin beginnen wird, bewegen werden?

Großbritannien verfolgt einen praktischen Ansatz. Wir gehen von der Wirklichkeit, von den realen Herausforderungen aus und leiten hieraus Entscheidungen über den institutionellen Aufbau ab. Der Schaffung von Sicherheit und nicht dem Aufbau von Institutionen um ihrer selbst willen räumen wir den Vorrang ein.

Stabilität und Sicherheit in Europa liegen nicht allein bei der Europäischen Union.

Was also brauchen wir? Wir brauchen Vorkehrungen, die

- es erstens allen erlauben, ihren Beitrag zu leisten – nicht nur den 15 EU-Mitgliedern, sondern auch den vielen europäischen Ländern, die nicht der Union angehören, und natürlich auch den USA und Kanada;
- zweitens die Verschiedenheit der EU-Mitgliedstaaten und ihrer Verteidigungsstrategien widerspiegeln;
- drittens die Verpflichtungen von NATO-Mitgliedern berücksichtigen – auch diejenigen, die sie gegenüber Verbündeten außerhalb der EU eingegangen sind;
- und viertens die Haltung von EU-Mitgliedern respektieren, die sich gegen die Teilnahme an kollektiven Verteidigungsmaßnahmen entschieden haben.

Einige vertreten den Standpunkt, daß auf der Regierungskonferenz die ersten Schritte hin zu einer Zusammenlegung von EU und WEU unternommen werden sollten, indem man der EU die politische Leitung der WEU überträgt.

Ich bin der Auffassung, daß dies heißen würde, daß man die institutionelle Ordnung und die Illusion vom Fortschritt über die tatsächlichen Sicherheitserfordernisse Europas stellen würde, und das wäre meines Erachtens ein sicherer Weg zu weniger und nicht mehr Handeln.

Die Europäische Union hat einen wesentlichen nicht-militärischen Beitrag zur Schaffung der regionalen und weltweiten Sicherheit zu leisten. Großbritannien wird sich auf der Regierungskonferenz intensiv für eine Verbesserung dieser Fähigkeit der EU einsetzen.

Eine Belastung der Union mit militärischen Verantwortlichkeiten ist jedoch nicht dazu geeignet, den einzigartigen Beitrag zu verbessern, den die EU mit den ihr zur Verfügung stehenden politischen und wirtschaftlichen Instrumenten für mehr regionale Sicherheit zu leisten vermag, selbst dann nicht, wenn man annähme, daß es politisch machbar sei, den geänderten Brüsseler Vertrag in den Unionsvertrag einzuschließen und diese Versammlung durch das Europaparlament zu ersetzen.

Im Gegenteil. Die Übertragung von militärischen Verantwortlichkeiten auf die hierfür nicht gerüstete EU würde diese bei der Bewältigung ihrer Aufgabe behindern, Stabilität und Wohlstand auf den Osten auszuweiten. Denn hierdurch würde eine neue Beitrittsbarriere für die Länder Mitteleuropas geschaffen und die Ängste Rußlands unnötigerweise provoziert. Einige NATO-Verbündete würden hierdurch an den Rand gedrängt, einige EU-Mitgliedstaaten vor Entscheidungen gestellt, die sie noch nicht bereit sind zu treffen. Dies ist meines Erachtens nicht der rechte Weg nach vorn. Und wir könnten ihn auch nicht unterstützen.

Im März letzten Jahres habe ich eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, die einen praktischen Beitrag zur europäischen Sicherheit leisten sollen: die Reaktion auf die Herausforderungen der realen Welt, heute und in der absehbaren Zukunft.

Entscheidungen für die längerfristige Zukunft können langfristig getroffen werden. In der Zwischenzeit wird die Sicherheit nicht auf uns warten. Unsere Aufgabe ist es, uns den Herausforderungen zu stellen, denen wir uns heute gegenübersehen. Die Herausforderungen zum jetzigen Zeitpunkt sind die Stärkung der NATO, die Entwicklung der WEU zu einer Organisation, die es den Europäern ermöglicht, Einsätze in enger Zusammenarbeit mit unseren nordatlantischen Verbündeten in der NATO durchzuführen, und die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen WEU und EU.

Dies, Herr Präsident, ist in aller Kürze meine Agenda für die Regierungskonferenz, eine Agenda, die ich der WEU-Versammlung heute wärmstens empfehle.

Antworten des britischen Premierministers John Major auf Fragen von Mitgliedern der Parlamentarischen Versammlung der Westeuropäischen Union

Frage Herr Neljas in bezug auf die Haltung des Vereinigten Königreiches zur Erweiterung der NATO und der WEU im Hinblick auf die baltischen Staaten.

Bei dieser Frage müssen viele Aspekte berücksichtigt werden. Ich werde mich bemühen, bei meiner Antwort auf möglichst viele von Ihnen einzugehen. Bei einer Erweiterung der NATO – die ich unterstütze – muß man pragmatisch vorgehen. Ich möchte das, was ich zuvor bereits gesagt habe, nochmals unterstreichen: die Erweiterung der NATO ist keine Einbahnstraße. Sie beinhaltet sowohl eine Verpflichtung der NATO gegenüber dem neuen Staat als auch eine Verpflichtung dieses Staates, wenn er der NATO beiträgt, d. h. es ist eine beidseitige Verpflichtung. Die NATO-Erweiterung wird schrittweise, aber entschlossen vonstatten gehen. Die Reihenfolge der Erweiterung muß meines Erachtens noch festgelegt werden. Ich glaube nicht, daß in den kommenden Monaten bereits unmittelbare Fortschritte erzielt werden können, aber ich hoffe, daß wir uns zum Ende dieses Jahres, nach einer Prüfung der enormen praktischen Auswirkungen der Erweiterung, ernsthaft mit der Frage der Reihenfolge der Erweiterung befassen können. Im Rahmen dieser Konferenz können wir jedoch meines Erachtens dieses Thema nicht weiter ausführen.

Was die Westeuropäische Union betrifft, so sind die baltischen Staaten selbstverständlich assoziierte Partner. Wie kann man diese Position am besten ausbauen? Den Status der assoziierten Partnerschaft gibt es ausschließlich in der Westeuropäischen Union, und er wurde geschaffen, um den mitteleuropäischen und natürlich den baltischen Staaten die Möglichkeit zu geben, sich unmittelbar an der Arbeit der Organisation zu beteiligen. Diese Beteiligung kann meiner Meinung nach noch wesentlich stärker als bisher ausgebaut werden. Wir sind bestrebt, die Möglichkeiten einer direkteren Beteiligung der assoziierten Partner an der operationellen Arbeit der NATO zu prüfen – in Bosnien werden z. B. zur Zeit Minenräumarbeiten durchgeführt. So könnte ein erster Schritt darin bestehen, die assoziierten Partner stärker in Aktivitäten dieser Art einzubinden. Darüber hinaus muß sich die Westeuropäische Union mit der Frage einer weiteren Erweiterung befassen, und was mich betrifft, so stehe ich dem nicht im Wege. An erster Stelle sollte jedoch eine stärkere Einbindung der assoziierten Partner stehen, wobei sich diese Einbindung nicht auf Konferenzen und Versammlungen beschränken, sondern auch die praktische Arbeit umfassen sollte, einschließlich der militärischen Arbeit, die, so hoffen wir, immer mehr von der Westeuropäischen Union durchgeführt werden wird.

Frage Herr van der Linden in bezug auf eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik, die langfristig Bestandteil der Europäischen Union sein soll.

Diesen Punkt habe ich meiner Ansicht nach bereits erläutert. Großbritannien steuert einen sehr großen

Teil der europäischen Verteidigungskomponente in der NATO und der Westeuropäischen Union bei. Ich möchte den hier anwesenden Kollegen sagen, daß ich mir nicht vorstellen kann, daß britische Truppen im aktiven Dienst einer anderen Instanz als der britischen Regierung unterstellt sein könnten. Ich kann mir keine Situation vorstellen, in der die Festlegung und Beschlußfassung in bezug auf den Einsatz britischer Streitkräfte der Europäischen Union oder dem Europäischen Parlament überlassen sein würde. Ein solches Vorgehen würde meines Erachtens weder von dieser noch einer anderen britischen Regierung akzeptiert werden. Ich weiß nicht, welchen Zeitrahmen sich andere für ihre Vorhaben abstecken. Ich tendiere dazu, in überschaubaren Zeitabschnitten zu denken, und ich kann mir nicht vorstellen, daß wir uns irgendwann in Zukunft damit einverstanden erklären könnten, daß Beschlüsse, die britische Truppen betreffen, von der Europäischen Union und nicht von der britischen Regierung getroffen würden. Für das britische Parlament wäre ein solches Vorgehen meiner Ansicht nach unannehmbar; es wäre für mich inakzeptabel, und ich glaube, daß dies auch für jede andere britische Regierung gilt und daß ein solcher Fall nicht eintreten wird.

Frage Herr Thompson in bezug auf einen eventuellen Truppenabzug durch die Amerikaner im ehemaligen Jugoslawien zum Ende des Jahres und zur zukünftigen Rolle der WEU in dieser Region.

Vorab möchte ich Ihnen für Ihre einleitenden Worte danken. Ich finde, es ist immer gut, wenn allen unseren Kollegen in Europa und andernorts vor Augen geführt wird, daß es bei ganz wichtigen Fragen im britischen Unterhaus oft ein parteiübergreifendes Einvernehmen gibt. Dies gilt für die Frage der Rolle der Westeuropäischen Union, und ich möchte Ihnen dafür danken, daß Sie dies hier bestätigen. Es ist wichtig, daß unsere Kollegen erkennen, daß dies unsere Haltung in bezug auf eine derart grundlegende Frage ist.

Was die IFOR-Truppe im ehemaligen Jugoslawien betrifft, geht man generell davon aus, daß die gesamte Truppe zum Ende dieses Jahres abziehen wird. Ich gehe nicht davon aus, daß das Konzept der Amerikaner eines einseitigen Zurückziehens für die anderen europäischen Partner akzeptabel ist und glaube, daß die Amerikaner das zu gegebener Zeit verstehen werden. Wir hoffen sehr, daß wir die Aufgabe zum Ende dieses Jahres abschließen können. Sollte das nicht der Fall sein, müssen wir prüfen, was zu tun ist, um sie zu Ende zu führen; ich kann mir nicht vorstellen, daß die Amerikaner sich einseitig zurückziehen werden – das ist nicht die Grundlage, auf der andere Truppen aus Europa, weder aus dem Vereinigten Königreich noch aus anderen Staaten zur Zeit im ehemaligen Jugoslawien ihren Dienst verrichten. Ich hoffe, daß eine solche Situation nicht eintreten wird.

Frage Herr Parisi in bezug auf die Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und Italien im Hinblick auf die Sicherheitspolitik im Rahmen der EU und in bezug auf Vorschläge der WEU zur EU-Regierungskonferenz.

Zwischen Großbritannien und Italien besteht seit geraumer Zeit eine sehr gute Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich. Sie erwähnten eine in Florenz herausgegebene spezielle Erklärung. Ich kann mich an weitere Anlässe in den vergangenen Jahren erinnern, bei denen wir uns auf bilateraler Ebene mit Italien über bestimmte Angelegenheiten im Verteidigungsbereich verständigt haben. Wir sind bemüht, diese Angelegenheiten zügig weiterzuentwickeln. Es gibt eine ganze Reihe von Elementen in der angekündigten Vereinbarung, von denen einige jetzt umgesetzt werden, andere noch nicht. Hier ist noch einiges zu tun.

Was den letzten Teil Ihrer Frage betrifft, so denke ich, daß das, was Michael Portillio sagen wollte, genau das widerspiegelt, was ich soeben sagte. Nämlich, daß wir nicht wollen, daß die Westeuropäische Union in bezug auf ihre Entscheidungsfähigkeit der Europäischen Union untergeordnet wird. Natürlich sind wir uns darüber einig, daß die WEU sehr eng mit unseren Partnern der Europäischen Union zusammenarbeiten muß. Wir wollen jedoch keine institutionellen Veränderungen, die den Entscheidungsfindungsprozeß der Westeuropäischen Union der Europäischen Union unterstellen mit ganz offensichtlichen zukünftigen Folgewirkungen für die Versammlung der Westeuropäischen Union und ihre Beziehungen zum Europäischen Parlament.

Frage Herr Valleix in bezug auf die Schaffung eines gemeinsamen Rüstungsmarkts und die diesbezügliche Beteiligung Großbritanniens.

Was den europäischen Rüstungsbereich betrifft, so ist die Rüstungsindustrie des Vereinigten Königreichs natürlich ein sehr gewichtiger Akteur, der zu den wichtigsten in Europa gehört. Wir sind uns schon jetzt der Vorzüge der Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern sehr wohl bewußt, und wir sehen deutliche Vorzüge darin, diese Zusammenarbeit durch die Europäische Rüstungsagentur weiter auszubauen. Wir würden selbstverständlich die laufende Arbeit in der Westeuropäischen Rüstungsgruppe im Hinblick auf dieses spezielle Ziel unterstützen. Was wir sicherlich nicht wollen ist, daß die Europäische Rüstungsagentur nur als ein Gremium eingesetzt wird, um Rüstungskäufe an anderer Stelle zu verhindern. Es gibt Gelegenheiten, wo eine spezielle Waffe für einen speziellen Bedarf besonders geeignet ist, und wenn sie in den Vereinigten Staaten hergestellt wird, dann kaufen wir sie in den Vereinigten Staaten, und wenn sie aus Europa kommt, dann kaufen wir sie in Europa. Es gibt jedoch unbestrittene Vorteile bei der Zusammenarbeit und der Koordinierung dessen, was von unseren Waffen als Munition benutzt wird. Es ist lächerlich, daß einige unserer Schußwaffen in Westeuropa verschiedene Arten von Kugeln abfeuern, daß unsere Mörser und der Durchmesser unserer Kanonenrohre bei schweren Waffen unterschiedlich sind und noch vieles mehr. Es besteht ein großer Bedarf an Koordinierung, die erfolgen könnte und sollte. Wir sind sehr dafür und sehen große Vorzüge in der Europäischen Rüstungsagentur, jedoch nicht als einem protektionistischen Modell.

Frage Herr Pavlidis in bezug auf die Eingreifmöglichkeiten europäischer Organisationen bei Krisenfällen.

Die beiden Ereignisse, die Sie erwähnten, sind natürlich von unterschiedlicher Tragweite, aber ich verstehe, was Sie veranlaßt, sie miteinander zu verbinden. In bezug auf das frühere Jugoslawien mußte Europa sehr viel Kritik durch die Medien einstecken für die Art und Weise, wie es reagiert hat. Ein Teil dieser Kritik ist gerechtfertigt, aber ich muß sagen, daß ein großer Teil nicht gerechtfertigt ist. Man vergißt den Anfang des Streits im ehemaligen Jugoslawien. Ich erinnere mich noch sehr genau an den Alptraum, den wir zu Beginn der Krise hatten, nämlich, daß sich der Streit weiter südlich in das Kosovo und darüber hinaus ausdehnen würde und daß wir in andere Regionen hineingeraten und damit einen den gesamten Balkan umfassenden Krieg haben würden. Das war die Befürchtung am Anfang, und einige europäische Staaten haben daraufhin gehandelt. Da Sie besonders nach der Rolle Großbritanniens fragen, muß ich darauf hinweisen, daß wir – wenn mich mein Gedächtnis nicht im Stich läßt – die ersten waren, die wirklich Truppen entsandten, um zu versuchen, die Krise einzudämmen und der Gefahr vorzubeugen, daß sich dieser Streit weiter nach Süden ausdehnen und andere Nationen miteinbeziehen würde. Wir haben daher sehr zügig gehandelt, und ich erinnere mich daran, daß ich meinen Urlaub in Portugal abgebrochen habe, um zurückzukommen und zu beschließen, britische Truppen zu entsenden.

Ich denke, Europa hat eine Menge über Zusammenarbeit gelernt als Ergebnis dessen, was dann im ehemaligen Jugoslawien geschah. Der einzige Punkt, bei dem ich eine andere Auffassung als einige meiner europäischen Kollegen vertrete, ist, daß ich der Auffassung bin, daß wir hierbei eher einen besseren Mechanismus für die Zusammenarbeit entwickeln müssen und weniger darauf bedacht sein sollten, einen Entscheidungsfindungsprozeß innerhalb der Europäischen Union zu zentralisieren. Daß wir zusam-

menarbeiten sollten, unterstütze ich sehr. Ich bin auch sehr dafür, daß wir eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik haben sollten. Jedoch bin ich nicht dafür, daß die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik entgegen den Wünschen der Hauptakteure zentral festgelegt wird. Ich kann keine europäischen Truppen auffordern, entgegen dem Wunsch ihrer souveränen Regierung tätig zu werden, und in der Praxis glaube ich auch nicht, daß dies praktikabel wäre. Deshalb müssen wir die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik als Grundlage benutzen und sie verbessern. Bei vielen europäischen Angelegenheiten glaube ich, daß die Westeuropäische Union ein geeigneter Mechanismus ist, der genutzt werden sollte. Dies ist genau der Grund, warum wir ihre operationellen Fähigkeiten während der Zeit des britischen Vorsitzes und in der Folgezeit verbessern möchten. Wir sind der Auffassung, daß die Westeuropäische Union ein sehr viel wirksamerer europäischer Arm der NATO werden kann als sie es derzeit ist, und wir sind sehr daran interessiert, ihr die Unterstützung zukommenzulassen, die sie benötigt, um sicherzustellen, daß sie diese Aufgabe übernehmen kann.

In bezug auf das zweite Ereignis, das Sie erwähnten, so glaube ich, daß die jetzt bekannte Insel Imia eher ein Anlaß für ein Eingreifen auf diplomatischer Ebene als auf militärischer Ebene war. Ich denke, daß in Fällen, in denen Mitglieder der Europäischen Union beteiligt sind, die Diplomatie eine entscheidende Rolle übernehmen kann. Wir werden einige Vorschläge auf der Regierungskonferenz vorlegen müssen in bezug auf die Frage, wie man hier Verbesserungen herbeiführen könnte. Unsere Haltung tendiert dahin, konstruktive Vorschläge in dieser Hinsicht vorzulegen und zu versuchen, unsere europäischen Partner davon zu überzeugen, daß wir die Zusammenarbeit in einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik einvernehmlich verbessern können.